

Viel bedeutsamer war, dass Liechtenstein zusammen mit einer grösseren Anzahl anderer Staaten⁴ wegen der besonderen Nutzung seiner Souveränität für die Gestaltung von Finanzdienstleistungen vor einigen Jahren auf den Radarschirm der Aufmerksamkeit der einschlägigen Weltöffentlichkeit gelangte – und dort verblieb. Die Gründe reichen von der Unterbindung von Geldwäsche zur Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Terrorismus bis hin zur mit grosser Zähigkeit verfolgten Absicht von Staaten, ihre eigene Hochsteuerpolitik für Unternehmen und Privatpersonen unter dem Titel «Steuergerechtigkeit» umfassend abzusichern und Steuerflucht zu unterbinden.⁵ Die Marke Liechtenstein kam ins Gerede. Unschöne Bezeichnungen, von denen «Steuer-oase» und «Rosinenpicken» auf der freundlicheren Seite sind, und diverse schwarze Listen ausländischer internationaler Organisationen mit ihren Sanktionen sowie das stark «körperbetonte Spiel» gewichtiger Staaten brachten das «Geschäftsmodell Liechtenstein» beim Standbein «Finanzdienstleistungen» gewaltig unter Anpassungsdruck. Liechtenstein hat mit der Umsetzung der «Weissgeldstrategie 2009»⁶ mittlerweile einen guten Teil der diesbezüglichen Hausaufgaben gemacht.

Hier wird nun die Meinung vertreten, dass diese vom Ausland aufgedrängte Überholung des «Geschäftsmodells» Liechtenstein in Bezug auf den «Finanzplatz» erst den Anfang von weiteren notwendigen und schmerzhaften Anpassungen für das Land markiert. Ein Teil dieser erwarteten Anpassungserfordernisse ist Gegenstand dieses Beitrages.

4 Vgl. Hans-Lothar Merten, *Steueroasen*, Ausgabe 2011, Walhalla Verlag Regensburg sowie «Das 250-Milliarden-Dollar-Steuerschlupfloch. Im Internationalen Vergleich zählt Liechtenstein noch zu den kleinen Steueroasen», in: DER STANDARD, 3. 2. 2011, Thema Steuerflucht, S. 2.

5 Vgl. dagegen: «Freiheit braucht Steuerwettbewerb. Erörterungen zur Besteuerung in einer globalisierten Welt am Eucken-Symposium», in: NZZ, 13. 12. 2010, Internationale Ausgabe Nr. 290, S. 10.

6 Vgl. «Unbeirrt auf dem Pfad der Weissgeld-Strategie», in: NZZ vom 21. 12. 2010, Internationale Ausgabe Nr. 297, S. 7 und «Verfolgen Sie den Fall Grasser? Klar!», Gespräch mit Regierungschef Klaus Tschüscher, in: DER STANDARD, 14. 2. 2011, S. 9.